

## Antrag

der CDU-Fraktion

### Verkehrssicherheit in Brandenburg

#### Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg erkennt die wichtige Bedeutung der Verkehrssicherheitsarbeit des Landes an. Zahlreiche Akteure und Netzwerke, wie z.B. das Forum Verkehrssicherheit oder die Landesverkehrswacht, aber auch die Polizei leisten einen bedeutenden – und zum großen Teil ehrenamtlich erbrachten – Beitrag, so dass die Verkehrssicherheit in Brandenburg in den letzten Jahren deutlich verbessert werden konnte. Der Landtag Brandenburg unterstützt alle zielgerichteten Bemühungen, die Zahl der Verkehrstoten und der Verkehrsunfälle weiter zu verringern. Nachdem die Anzahl der im Straßenverkehr Getöteten im Jahr 2012 auf 166 und damit auf einen historischen Tiefstand gesenkt werden konnte, musste in den ersten 8 Monaten des Jahres 2013 wieder ein leichter Anstieg auf bis dahin 113 Unfallopfer verzeichnet werden. Auch das im Integrierten Verkehrssicherheitsprogramm von 2004 festgelegte Ziel einer Senkung der Unfälle mit Personenschaden um jährlich 5% konnte bisher nicht erreicht werden. Damit wird deutlich, dass weiterhin viel zu tun bleibt, um die Sicherheit im Straßenverkehr in Brandenburg weiter zu erhöhen.

Dabei stellen sich neue Herausforderungen, die unter anderem auch auf der Fachtagung zur Fortschreibung des Verkehrssicherheitsprogramms des Landes Brandenburg am 7.3.2013 in Potsdam herausgearbeitet worden sind. Dazu gehören z.B.:

- eine steigende Anzahl von Radfahrern und deren Unfallverwicklung
- neue Technologien der Elektromobilität (Pedelecs, Elektroautos)
- eine weiterhin hohe Anzahl von getöteten Unfallopfern an Alleebäumen
- immer älter werdende Verkehrsteilnehmer
- Kürzungen bei der Infrastrukturfinanzierung und Abbau von Polizeistellen

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung daher auf, bei der Fortschreibung des Verkehrssicherheitsprogramms mit dem Zielhorizont 2024 folgende Aspekte verstärkt zu berücksichtigen:

- Kampagnen wie „Lieber sicher. Lieber leben.“ weiterzuführen und inhaltlich noch stärker auf Aspekte der Rücksichtnahme sowie des gegenseitigen Respekts und Miteinanders im Straßenverkehr auszurichten – gerade in Bezug auf das Verhältnis zwischen Autofahrern und weniger geschützten Verkehrsteilnehmern wie Radfahrer, Fußgänger, Kinder und Senioren. Darüber hinaus sollte geprüft werden, wie eine noch größere öffentliche Wahrnehmung der verkehrssicherheitsrelevanten Themen, Kampagnen und Netzwerke gewährleistet werden kann.

- Verstärkt in die Sicherheit der Verkehrsinfrastruktur des Landes zu investieren, um Unfallschwerpunkte baulich entsprechend auszustatten bzw. zu verändern (z.B. Radwegeinfrastruktur, Schutzplanken an Alleen).
- Die Präventionsarbeit in Bezug auf die Verkehrssicherheit nicht zu verringern (z.B. Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Radfahrprüfungen an den Schulen und eine fundierte Begleitung dieser durch die Polizei sowie Unterstützung der jährlichen Aktionen zum Schulanfang).
- Entwicklung eines integrierten Konzepts zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für die steigende Anzahl der Radfahrer, deren durchschnittliche Geschwindigkeit aufgrund der steigenden Verfügbarkeit von Pedelecs in Zukunft weiter zunehmen wird (z.B. Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht, kapazitiver Ausbau der Radwegeverkehrsinfrastruktur).
- Entwicklung eines integrierten Konzepts zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Senioren. (z.B. Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum, um die Abhängigkeit vom eigenen Auto zu reduzieren und eine Kampagne bzw. Beratungen zur freiwilligen Überprüfung der Fahrtauglichkeit).

### **Begründung:**

Das Verkehrssicherheitsprogramm aus dem Jahr 2004 hat die Verkehrssicherheitsarbeit des Landes Brandenburg vorangebracht. Die Anzahl der im Straßenverkehr Getöteten konnte im Jahr 2012 auf einen historischen Tiefstand von 166 gesenkt werden. Dennoch zeigen die aktuellen Unfallzahlen, aus denen sich wieder ein Anstieg der Unfallopfer ablesen lässt, dass dem Thema Verkehrssicherheit weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt werden muss. Im Jahr 2009 wurde das Verkehrssicherheitsprogramm evaluiert und weiterentwickelt. Derzeit wird an der Fortschreibung des Programms mit dem Zielhorizont 2024 gearbeitet. Am 7. März 2013 fand dazu eine erste Fachtagung in Potsdam statt, an der sich zahlreiche Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit beteiligt haben.

Eine erfolgreiche Verkehrssicherheitsarbeit muss sich den neuen Herausforderungen, wie z.B. die steigende Anzahl von Radfahrern und deren Unfallverwicklung, die Entwicklung neuer Technologien wie der E-Mobilität und dem weiter fortschreitenden demografischen Wandel stellen. Dabei gibt es viele Wege zur Erreichung der Ziele, welche von den Akteuren und Netzwerken der Verkehrssicherheitsarbeit (z.B. Forum Verkehrssicherheit, Landesverkehrswacht) rege diskutiert werden. Die im Internet verfügbaren Ergebnisse der Fachtagung in Potsdam zeigen, mit welcher Akribie und Leidenschaft hier um mehr Verkehrssicherheit gerungen wird. Die in diesem Antrag genannten Schwerpunkte für die Fortschreibung des Verkehrssicherheitsprogramms sollen und können diese Diskussionen und zahlreichen Projekte nicht ersetzen. Ziel ist es, die wichtige Aufgabe der Verkehrssicherheitsarbeit in den politischen und öffentlichen Raum zu bringen und hier im Landtag politische Schwerpunkte festzulegen. Dazu gehört insbesondere die Frage der Infrastrukturfinanzierung. Ein erhebliches Verkehrssicherheitsrisiko geht von den unzulänglichen und immer maroder werdenden Straßen und Radwegen aus. Hier muss insbesondere die Frage der Sicherung der Alleen, an denen immer noch die meisten Menschen zu Tode kommen,

diskutiert werden. Die Wirkung des Tempo 70-Erlasses der Landesregierung ist angesichts der bisherigen Unfallzahlen aus dem Jahr 2013 weiterhin fragwürdig. Einen wirkungsvolleren Schutz würden hier z.B. der Bau von Leitplanken und die Präventionsarbeit bieten.

Dieter Dombrowski  
für die CDU-Fraktion